

X. Fazit

Am Ende dieses Buches scheint mindestens eines außer Frage zu stehen: dass die Männerpartei NPD tatsächlich auch schon immer „Frauensache“ gewesen ist. Über ein halbes Jahrhundert lang haben sich Frauen in den politischen Dienst der Partei gestellt. Als Anhängerinnen und Funktionärinnen, Sympathisantinnen und Wählerinnen, Kandidatinnen und Parlamentarierinnen haben sie ihr ein weibliches Gesicht verliehen, inhaltliche Zuarbeit geleistet, sie in der Öffentlichkeit vertreten und sich durch ihren Aktivismus um deren politisch-ideologische Etablierung in der Bundesrepublik bemüht. Als Akteurinnen haben sie die Geschicke der NPD mitbestimmt und deren Geschichte geprägt. Ferner steht fest: Auch die Nationaldemokratinnen haben eine Geschichte. Im Folgenden soll diese noch einmal kurz zusammengefasst werden.

Die erste Phase der Parteigeschichte, die Gründungs- und Stabilisierungsphase (1964–1969), war zweifellos die erfolgreichste für die NPD. In diesen fünf Jahren schaffte sie es, als „nationale Sammlung“ bürgerlich-nationalkonservative wie nationalsozialistische Kräfte an sich zu binden und sich im Zuge eines Konzentrationsprozesses zur Hauptakteurin der „nationalen Opposition“ zu entwickeln. Unter dem Vorsitz Thielens und später von Thaddens erzielte sie ihre besten Wahlergebnisse, rekrutierte die meisten Mitglieder und zählte die meisten Mandate ihrer Geschichte – eine Blütezeit, in der sie eine beachtliche – später in der Intensität nie wieder erreichte – politische Aktivität entfaltete. Diese günstigen Rahmenbedingungen nutzten insbesondere die am Parteaufbau beteiligten NPD-Frauen. Unter der Ägide der als charismatisch geltenden Gertraude Winkelvoß entwickelte sich eine weibliche Dynamik, die sich unter anderem daran messen ließ, dass sich immer mehr Frauen vernetzten, Tagungen organisierten, für die Partei agitierten und sich dabei teilweise auch politisch profilierten: Ausgewählte Frauen schafften es vor allem auf Kreis- und Landesebene, vereinzelt auch auf Bundesebene, in gehobene Positionen.

Ungeachtet bestimmter Karrierechancen und Erfolge stießen die Frauen als Kollektiv im Parteiapparat jedoch auf erhebliche strukturelle Hürden. Von der stark männlich dominierten Parteileitung erfuhren nur die wenigsten Unterstützung. Als „nützlich“ erwiesen sich Frauen in ihren Augen lediglich, wenn sie sich mit ihrem „natürlichen“ Kompetenzbereich – Familie und Haushalt – befassten, sich sonst aber zurückhielten. Von der höchsten Machtebene meistens ferngehalten, nahmen sie nur vereinzelt an den politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen teil. Meist erfüllten sie in untergeordneter Stellung ausführende Funktionen, übernahmen etwa im Hintergrund unsichtbare organisatorische, logistische oder Verwaltungsaufgaben; der öffentlichen Bühne blieben sie vorwiegend fern. Als Zugeständnis für die Frauen und ihre ‚Expertise‘ galt hier das auf sie zugeschnittene Amt der Frauenreferentin, das Gertraude Winkelvoß auf Bundesebene mit erheblicher Autorität wahrnahm. Auch zahlreiche Kreis- und Landesverbände boten lokal oder regional renommierten Nationaldemokratinnen derartige Vorstandsposten an. Deren Aufgabe war es, die Ehefrauen der Parteika-

der und -mitglieder im Rahmen von Tagungen, Lehrgängen und Treffen an die NPD heranzuführen, sie politisch auszubilden und als Multiplikatorinnen einzusetzen. Darin bestand – und erschöpfte sich – maßgeblich die politische Funktion der Parteifunktionärinnen.

Darüber hinaus leisteten die Frauenreferentinnen noch auf einem weiteren Gebiet wichtige Zuarbeit, und zwar in der Weiterentwicklung ideologischer Prinzipien. In der Parteipresse publizierten sie einschlägige Texte, hielten bei Tagungen Vorträge und erarbeiteten auch bei Sondersitzungen Positionspapiere zum Thema Familie, Erziehung und Kultur. Damit politisierten sie einen Bereich, den „Frauenbereich“, den die Parteileitung bestenfalls als nebensächlich, oft aber als völlig apolitisch betrachtete. Ausgehend vom national-souveränistischen Rahmen bestimmten sie die Rolle und Aufgabe der Frau und Mutter im „Volk“, ermahnten Familien zu einem „hygienischen“, d. h. „biologisch“ reinen und moralisch einwandfreien Lebensstil. Mütter wurden dazu angehalten, in ihrem Einflussbereich immerzu „deutsche“ Werte und Tugenden zu vermitteln und im Kleinen den „Kulturkampf“ gegen die „Umerziehung“ der Alliierten und die APO aufzunehmen. Die Zuordnung der Familie zur „Gemeinschaft“ und der Familienpolitik zur „Volksgeundheit“ zeugte bei den Ideologinnen von der Permanenz nationalsozialistischer Denkkategorien, die sie jedoch nicht offen ausdrückten. Konkret unterschied sich ihr Familienkonzept aber nicht wesentlich von dem der Konservativen: Das traditionell-patriarchale Leitbild der Hausfrauenehe, wie es die Nationaldemokratinnen vertraten, gehörte in der Bundesrepublik zum familialistischen Grundkonsens. Dennoch veranlasste der sich vor ihren Augen abspielende soziokulturelle Wandel die Bundesfrauenreferentin Winkelvoß dazu, die *condition féminine* problembewusst in den Blick zu nehmen, und dabei Frauenrechte und -interessen auch außerhalb des familiär-häuslichen Rahmens zu hinterfragen. Entgegen der generell herrschenden Meinung ihrer Parteifreundinnen, bei denen jegliche Erwerbstätigkeit von Frauen verpönt war, artikuliert sie teils progressive Forderungen: Im Namen des verfassungsrechtlichen „Gleichheitsgebots“ beanspruchte sie etwa die Lohngleichheit für Frauen sowie mehr Chancengleichheit für Mütter auf dem Arbeitsmarkt.

Gewiss stand den Parteifunktionärinnen mit den Frauenreferaten ein weiblicher Gestaltungsraum zu, jedoch beschränkte dieser letztendlich ihre *Agency* und ihre Partizipationsmöglichkeiten: Sie wurden in die Partei integriert, zugleich aber auch, weil sie Frauen waren, dem partikularen „Frauenbereich“ zugeschrieben, von der Gesamtpartei abgesondert und von der Mitgestaltung der als männlich und entscheidend geltenden „gesamtgesellschaftlichen“ Politikfelder (Wirtschaft, Sozial- und Bildungspolitik, Innen-, Deutschland- und Außenpolitik) ausgeschlossen. Das Paradoxe an der Lage der Parteifrauen war, dass sie sich in ihrem Nationalismus, in ihren rechtskonservativen Idealen, Werten und Anschauungen nur von der NPD richtig vertreten fühlten, sich aber in ihr, aufgrund der maskulinstischen Parteikultur, kaum Gehör verschaffen konnten. Dabei unterschieden sich ihre politischen Motivationen und Ziele nur unwesentlich von denen der

Männer; auch der generationelle Hintergrund war derselbe: Als VertreterInnen der Erlebnissgeneration gehörten sie allesamt zu den Erben des „Dritten Reichs“.

Der Großteil der Parteifunktionärinnen war noch im Kaiserreich oder während der Weimarer Republik, die Jüngsten unter ihnen im Nationalsozialismus sozialisiert worden. Für sie war insbesondere 1933 ein einschneidendes wie „positives“ Erlebnis gewesen. Und so bestimmten die Lebenserfahrungen von vor 1945 auch in den 1960er-Jahren noch den politischen Horizont der Nationalistinnen, die der Idee der Wiederherstellung der Vorkriegsordnung anhängen und deswegen in der Bundesrepublik der extremen Rechten angehörten. Dem „Ausverkauf deutscher Interessen“ wollten sie ein Ende setzen und eine nationalistische bzw. nationaldemokratische Antwort auf die „Deutsche Frage“ finden. Die Bekämpfung der Bonner Demokratie „von alliierten Gnaden“, die Wiederherstellung des „Reichs“ samt „Mitteldeutschland“ und den „Ostgebieten“ und die erinnerungspolitische „Wiedergutmachung“ für all diejenigen, die sich aus der bundesrepublikanischen Gedenkkultur ausgestoßen fühlten – die Soldaten, Kriegerwitwen, Entrechteten und Vertriebenen –, begründeten ihren Eintritt in die Partei. Dabei waren die wenigsten politische Novizinnen; für die meisten war die NPD nur eine Station – und manchmal die letzte – einer politisch-ideologischen Laufbahn, die sie als Postnazistinnen schon sehr viel früher, meist in der NSDAP oder dem BDM, begonnen und nach 1945 in den Organisationen und Parteien des „nationalen Lagers“ fortgesetzt hatten. Gerade diese extremistische Kontinuität oder eher das bedenkenlose Verhältnis zur politischen Vergangenheit ihres Personals ist der Punkt, wodurch sich die NPD maßgeblich von den anderen Parteien in Westdeutschland unterschied. Während die demokratisch-republikanischen Parteien die nationalsozialistische Vorbelastung ihrer PolitikerInnen zu kaschieren suchten, machte die NPD ebenjene „Erfahrungen“ zum willkommenen Kompetenz- und Gesinnungsmerkmal. Die Parteiführung hielt sich nichtsdestoweniger an einen strikten Legalismus; in den Landesparlamenten betrieben die NPD-Abgeordneten, darunter auch Anneliese Bläsing (Hessen), Gertraude Winkelvoß (Niedersachsen) und Martha Kruse (Bremen), eine „konstruktive“ Opposition. Ihren „Faschismus“ passte die Partei den verfassungsrechtlichen Normen der Bundesrepublik an. Dort wollte man sich ja langfristig etablieren, das ganze Bonner „Establishment“ aus dem Amt jagen und die Politik nationalistisch (mit)gestalten. Um das zu erreichen, musste die NPD in den Bundestag einziehen, das hatte für sie oberste Priorität.

Deswegen war 1969 für sie das Jahr aller Hoffnungen. Um Wahlkampf zu führen, mobilisierte sie im Vorfeld der Bundestagswahl alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen. Der Wahlkampf kann in der Rückschau durchaus als parteigeschichtlicher Höhepunkt gewertet werden, so stark waren einerseits das von ihr entfaltete politische Potential und andererseits die unmittelbare Abwehrreaktion, die ihre aussichtsreiche Kandidatur auf politischer, medialer und zivilgesellschaftlicher Seite hervorrief. Für die APO verkörperte gerade die NPD all das Verabscheuungswürdige in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft: den Autoritarismus, den reaktionären Fanatismus und das mangelnde Schuldbewusstsein der

„Ewiggestrigen“. Entsprechend gerieten bei NPD-Kundgebungen Parteiochner mit GewerkschaftlerInnen und AntifaschistInnen aneinander. Die Konfrontation eskalierte und erreichte mit den „Schüssen von Kassel“ kurz vor der Wahl ihren Höhepunkt. Die gesellschaftlichen Polarisierungen schafften ein Klima der Angst und Unsicherheit, das der NPD sicherlich sehr gelegen kam, legitimierte es doch ihren *Law-and-Order*-Diskurs; für die Parteifrauen hingegen erwies sich diese äußerst „viril“ geführte Wahlkampagne als zusätzliche Herausforderung. Die Überzeugung, dass die Wählerinnen aufgrund ihres demographischen Überschusses am Ende die Wahl entscheiden würden, war für die Nationaldemokratinnen ein wesentlicher Antrieb. In unzähligen Tagungen, Reden und Artikeln riefen sie die Frauen auf, von ihrem hart erkämpften Wahlrecht Gebrauch zu machen, ihre Stimme aber nicht an die als frauenfeindlich gebrandmarkte Union zu „verlieren“, sondern sie der vermeintlich frauenfreundlichen „nationalen“ NPD zu geben. Zwar scheiterten sie kläglich bei dem Versuch, die Kampagne zu feminisieren, doch gehören die Jahre 1968/69 zweifellos zu den aktivistischen Hochzeiten der NPD-Frauen. Davon zeugt nicht zuletzt der Aufbau des Bundesbeirats der Frauen ab Oktober 1968, den Gertraude Winkelvoß maßgeblich vorantrieb, um weibliche Synergien zu bündeln. Als eher informelles Expertinnennetzwerk sollte der Beirat dabei helfen, die politische Aktivität der Schlüsselakteurinnen, insbesondere der Frauenreferentinnen, *top down* zu koordinieren, im Wahlkampf auch inhaltliche Arbeit zu leisten, diese sichtbar zu machen und somit an politischer Effizienz zu gewinnen. Weil er außerhalb der Partei aber nur begrenzt über Ausbreitungskanäle verfügte, blieb seine Wirkung im Endeffekt beschränkt, doch verweist seine schiere Existenz auf den Bewusstwerdungsprozess der Akteurinnen, die nun eine gewisse politische Selbstsicherheit und Selbständigkeit an den Tag legten. Der Beirat war der erste Schritt auf dem Weg zur Singularisierung der NPD-Frauen. Letzten Endes war das Scheitern an der 5-Prozent-Hürde vor allem insofern ein herber Rückschlag für die Frauen, als sich ihre Ahnung bewahrheitet hatte: Die Wählerinnen waren tatsächlich diejenigen gewesen, die den Einzug der „Nationalen“ in den Bundestag verhindert hatten, indem sie den etablierten Parteien, allen voran der CDU/CSU und der SPD, massiv ihr Vertrauen aussprachen.

Mit dem historischen Paradigmenwechsel von 1969, dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition und dem Einsetzen der „Neuen Ostpolitik“ geschah das, was die NPD mit aller Kraft zu verhüten versucht hatte. In der Opposition übernahm nun die Union die Vormachtstellung, die NPD versank in der Bedeutungslosigkeit. Nach dem Höhenflug brach jäh eine neue Phase in der Parteigeschichte an: die des abrupten Niedergangs (1969–1972), gefolgt von einem langjährigen Siechtum (1972–1989). Begünstigt wurde der Verfall der Parteioorganisation durch die anhaltenden Wahlniederlagen und den Verlust aller Landtagsmandate, die innerparteilich vehemente Personalquerelen und Richtungskämpfe auslösten. Von Thadden zog sich von der Parteispitze zurück, Kader und Mitglieder verließen in Scharen die Partei, die Kasse leerte sich, viele Kreisverbände waren funktionsunfähig; die NPD fiel in sich zusammen, verlor auch in der extremen Rechten ihre Hegemonie und trat in eine „Hibernation“, einen Zustand der politischen Agonie,

der für die gesamte Ära Mußgnug bis zum Ende der 1980er-Jahre kennzeichnend war. Diese Agonie wirkte sich ebenso negativ auf die Frauenarbeit aus; sie kam praktisch zum Stillstand. Die wenigen Funktionärinnen, die der Partei weiterhin die Treue hielten, versuchten sich so gut wie möglich in der „Aktion Widerstand“, einer von der Parteileitung ins Leben gerufenen regierungsfeindlichen Kampagne gegen die Ostpolitik, einzubringen und Wahlkampf zu betreiben. Doch gelang es Gertraude Winkelvoß als Obfrau weder, den Frauenbeirat zu reaktivieren, noch, der allgemeinen Depression etwas Handfestes entgegenzusetzen. 1972 verließ auch sie, die emblematische Mitbegründerin, resigniert die Partei. Mit dem Abschluss der Ära Winkelvoß endete eine der bedeutendsten Phasen der NPD-Fraugeschichte.

Paradoxerweise brach die weibliche Teilhabe in der NPD just zu dem Zeitpunkt ab, als die Frauen in Westdeutschland allgemein dank des Aufkommens der Neuen sozialen Bewegungen und insbesondere der Autonomen Frauenbewegung auf beispiellose Weise Einzug in die Politik hielten. In der Bundesrepublik waren die 1970er-Jahre das Jahrzehnt der Feminisierung der politischen Kultur. Für die NPD hingegen war es das Jahrzehnt einer sichtbaren Defeminisierung: Die Vorstände blieben weiterhin in Männerhand, nur vereinzelt wurden Frauen machtpolitisch eingebunden. Hinzu kommt, dass das weibliche Führungs- und Funktionspersonal in der Hibernationsphase kaum erneuert wurde. Unter den Nationaldemokratinnen profilierten sich nun die politischen Veteraninnen wie Wilhelmine Steffens, Edda Schmidt oder Ilse Herrmann, die in diesem Buch auch als ‚Erbinnen‘ bezeichnet wurden, weil sie sich in den 1960er-Jahren, als zweite Garde sozusagen, im Hintergrund hielten und sie erst nach dem Ausscheiden der „Gründerinnen“ in den 1970er-Jahren prominent in Erscheinung traten.

In diesem Jahrzehnt charakterisierte sich die Frauenarbeit, nach den Winkelvoß'schen Jahren der zentralistisch-vertikalen Koordinierung, durch ihre Dezentralisierung. Je nach regionaler Verankerung der Bundesfrauenreferentinnen verlagerte sich der Schwerpunkt der weiblichen Parteiarbeit mal nach Hessen (Eva-Maria von Wolzogen), mal nach Bayern (Marlene Erber); allgemein betrachtet, wurde sie individueller und räumlich wie zeitlich diskontinuierlich gestaltet. Sie war deswegen weit weniger intensiv und sichtbar als zuvor. Der Impuls kam nun weniger von oben als von unten. Feststellen ließ sich tatsächlich eine zunehmende Selbstmobilisierung der Nationaldemokratinnen auf lokaler Ebene, namentlich in Nordrhein-Westfalen, wo Gabriele Prehl 1976, in der Hochphase der Frauenbewegung, in ihrem Kreisverband eine erste NPD-Frauengruppe gründete, der landesweit noch weitere folgen sollten. Gedacht waren diese Frauengruppen als antifeministische Kaderschmiede bzw. als Speerspitze einer breit angelegten nationalistisch-reaktionären Gegenbewegung zum Feminismus. So übernahmen die Nationaldemokratinnen die Mobilisierungs- und Organisationsformen der Autonomen Frauenbewegung, um sie inhaltlich besser bekämpfen zu können. Zwar hielt dieser weibliche Autonomisierungsschub nur kurz an, doch wirkte er sich nachhaltig auf den innerparteilichen Stellenwert der Frauen und „ihrer“ Politik aus. Tatsächlich gelang es ausgewählten Parteifunktionärinnen wie Gabriele Prehl, den politischen Feminismus

als strukturell begünstigende Gelegenheit zu nutzen, um ihre eigene Stellung als „rechte“ Frauen in Partei und Öffentlichkeit zu stärken. Durch die öffentliche Thematisierung von Frauenbelangen und -forderungen rund um patriarchale Strukturen, Sexualität, Körper, Haushalt und Familie wurde der „Frauenbereich“ zum Politikum. Selbst die Parteimänner konnten nicht umhin, seinen politischen Wert anzuerkennen.

Als nationaldemokratische Antwort auf den als Gefahr begriffenen Wertewandel, gleichbedeutend mit der Liberalisierung der Sitten, der Pluralisierung der Lebensstile und der allmählichen Infragestellung althergebrachter Geschlechterrollen, bewarben Parteifrauen wie Martha Kruse oder Marlene Erber eine rigorose maternalistische Frauenpolitik, die den „Beruf“ Hausfrau in den Vordergrund stellte, feministische Gleichheitsforderungen im Namen der Geschlechterdifferenz ablehnte und das Mutter-, Kindes- und Familienwohl dem Lebensschutz unterordnete. Unter diesem Vorzeichen bekämpften sie ebenso vehement die von Feministinnen geforderte Abschaffung oder Reform des § 218 StGB. 1978 verband Wilhelmine Steffens die Lebensschutzpolitik, für die sie neben der Frauen- und Familienfrage im Bundesvorstand zuständig war, mit umweltpolitischen Fragen. Das Kalkül hierbei lautete, an die Umweltbewegung anzudocken und den entstehenden, bald aufstrebenden Grünen Konkurrenz zu machen. Doch bedeuteten Lebens- und Umweltschutz in Steffens' bio-ökologischer Auslegung weniger, die Natur zu schützen, als die „Erbanlage“, die biologische Substanz des „Volkes“, vor der „Verunreinigung“ zu bewahren. Ihr Konzept war somit weniger grün als braun.

Exemplarisch stand die Hinwendung zu Antifeminismus, Lebensschutz und Bio-Ökologie für die generelle Neuausrichtung der Parteiideologie. Allmählich hatte sich die NPD vom Gefühls- und Rückeroberungsnationalismus der 1960er-Jahre verabschiedet. Dabei setzte sie neue Schwerpunkte: weg von der Deutschlandpolitik, hin zur westdeutschen Innenpolitik, weg vom staatsstützenden Legalismus, hin zur nationalpopulistischen Regierungsfeindschaft. Anlass dazu gab ihr u. a. die Bundesregierung mit der Verabschiedung des „Radikalenerlasses“, gegen den sich NationaldemokratInnen wie die Lehrerin Eva Happach zu wehren versuchten. Ende der 1970er-Jahre kamen noch zwei weitere, bislang immer nur unterschwellig vorhandene Tendenzen hinzu: der Antisemitismus und der Rassismus. Im Kampf gegen die bundesdeutsche „Sühne“-Kultur bemühten sich Holocaust-LeugnerInnen wie Ursula Schaffer nun skrupellos um die Relativierung des Judenmords und die Rehabilitierung nationalsozialistischer „Täter“. Als anschlussfähiger erwies sich, vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Unsicherheiten und sozialpolitischer Spannungen in diesem Zeitraum, im besonderen Maße die xenophobe Hetze gegen „AusländerInnen“. In Nordrhein-Westfalen gründeten Hagen und Gabriele Prehl 1980 die Bürgerinitiative Ausländerstopp, von der aus gleich mehrere rassistische Kampagnen gegen die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik ausgingen. Die NPD entdeckte den Rassismus sowie seine politische Brisanz für sich und setzte sie hemmungslos gegen Nicht-„Deutsche“ ein. Das ideologische Rüstzeug holte sie sich bevorzugt bei der „Neuen Rechten“: Wie sie

propagierte die Partei den Ethnopluralismus als nationalistische Alternative zur multikulturellen Gesellschaft. So vollzog sich ihre Wende hin zu einem identitären Nationalismus, mit dem sich die NPD nicht nur schrittweise vom demokratisch-republikanischen Konsens entfernte, sondern auch ihre Opposition zum Bonner Establishment verschärfte – eine Opposition, die später, im wiedervereinigten Deutschland, in eine Fundamentalopposition zum „System“ Bundesrepublik münden sollte.

Überwintern und sich ideologisch erneuern konnte die Partei in dieser Phase nur dank der Impulse und Ressourcen, die sie aus ihrem unmittelbaren, rechtsextremen Umfeld schöpfen konnte. Für den harten Kern der NationaldemokratInnen bildete die Parteiarbeit nämlich nur einen Teilaspekt ihres nationalistischen „Kampfes“. Nach 1969, als die NPD in eine Abwärtsspirale geriet, zog sich ein erheblicher Teil ihrer AktivistInnen ins lebensweltliche Milieu zurück, um von dort aus, im vorpolitischen Raum, auf die ideologische Erneuerung des „nationalen Lagers“ hinzuwirken. Regen Zulauf erhielten etwa nationalrevolutionäre Gruppierungen, die Wehrsportgruppen oder intellektuelle Zirkel und Zeitschriften im Umfeld der „Neuen Rechten“. Auch zahlreiche Nationaldemokratinnen brachten sich in einschlägigen Organisationen ein. Differenziert nach Motiv- und Interessenlage der jeweiligen Akteurinnen, gestalteten sie ihren aktivistischen Schwerpunkt „zweckgebunden“: Mal lag er beim Lebensschutz (WSL), mal beim „Revanchismus“ (AKON), mal bei der „Jugendarbeit“ (WJ), mal in der rassistisch-eugenischen Traditionspflege (Artgemeinschaft). Das rechte Milieu, mit seinen vielfältigen Verzweigungen, Abhängigkeiten und Verflechtungen, diente den Nationaldemokratinnen als ideologisch-aktivistischer Rückzugsort und der NPD als Fangnetz, gerade in ihrer Hibernationsphase, wo ihre Reserven doch so gut wie aufgebraucht waren. Das Milieu federte ihren Fall ab, indem es sie über Jahrzehnte mit ausreichend Personal und Ideen versorgte, sie somit politisch am Leben hielt und eine Kontinuität bewerkstelligte, die ihr dabei half, ihre Durststrecke durchzustehen.

Die Zäsur von 1989/90, der Mauerfall, die Wiedervereinigung und die Ausweitung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf das Territorium der ehemaligen DDR läuteten die dritte und letzte Phase der Parteigeschichte ein. Um auch in der Nachwende-Zeit überleben und den politischen wie sozioökonomischen Umwälzungen standhalten zu können, nahm die NPD eine radikale Kursänderung vor. Als Reaktion auf die „neue“ Bundesrepublik entstand somit innerhalb von wenigen Jahren eine „neue“ NPD. Die „Wende“ erwies sich in dieser Hinsicht vor allem als nationaldemokratische Kehrtwende und als entschiedene Abwendung von der Bundesrepublik. Befördert wurde der Paradigmenwechsel insbesondere dadurch, dass die Partei zu Beginn der 1990er-Jahre, noch unter Deckert, ihren politischen Schwerpunkt auf Ostdeutschland verlagerte und später, unter Voigt, ihr strategisches Konzept mit der Erarbeitung der Vier-Säulen-Strategie generalüberholte und ihr politisches Personal diversifizierte: Im völligen Widerspruch zu ihrer vormals legalistischen und bürgerlich-nationalkonservativen Tradition warb sie nun offen um NeonazistInnen; sie verjüngte und radikalisierte bzw. nazifizierte sich in diesem Integrationsprozess selbst.

Zunächst zahlte sich die Kehrtwende aus. In den 2000er-Jahren erlebte die Partei ihr politisches Comeback. Ihre Hochburgen hatte sie in den neuen Bundesländern, konnte dort bisweilen auch Wahlerfolge verbuchen, in Dresden und Schwerin sogar Landtagsmandate erringen und sich nach über dreißig Jahren parlamentarischer Flaute wieder etwas sichtbarer auf dem politischen Parkett bewegen. Ihr „zweiter Frühling“ war jedoch nur von kurzer Dauer. Schwelende Konflikte und Rivalitäten lähmten die Parteiarbeit, die Parlamentssitze gingen nach zwei Legislaturperioden wieder verloren; der Trend kehrte sich spätestens Anfang der 2010er-Jahre wieder um. Weder Holger Apfel noch Frank Franz, die auf Udo Voigt folgten, waren imstande, die Partei aus dem Tief wieder herauszuführen, geschweige denn vom Auftrieb zu profitieren, den „Rechte“ aller Schattierungen und Stoßrichtungen im letzten, in vielerlei Hinsicht als extrem zu beschreibenden Jahrzehnt generell erlebten. Unterdessen profilierte sich in Deutschland eine in ihrer Kommunikation und Stimmungsmache weit effizientere Partei: die AfD, die ohne die besonders im Osten der Republik geleistete Graswurzelarbeit der NPD vermutlich nie so erfolgreich hätte sein können. Nur war und ist sie „angepasster“ und politisch geschickter als ihre Wegbereiterin.

Neben der augenscheinlichen Radikalisierung unterscheidet sich die „neue“ NPD auch maßgeblich durch den höheren Stellenwert, den sie Frauen einräumt. Zwar bleiben sie in allen Parteigremien stark unterrepräsentiert, doch ließ sich seit Anfang 2000 speziell auf regionaler Ebene eine Feminisierungstendenz ausmachen, die hauptsächlich mit der Tatsache zusammenhing, dass gleich mehrere Frauen erstmalig zu NPD-Landesvorsitzenden gewählt wurden. Außerdem schaffte Gitta Schüssler als einzige Frau den Einzug ins Dresdner Parlament. Neben diesen Beispielen individueller Selbstbehauptung kam es in dieser Zeit auch zu kollektiven Ermächtigungsinitiativen: Dazu zählt etwa der Aufbau des RNF, der das einzulösen versprach, was die Nationaldemokratinnen bereits in den 1960er-Jahren gefordert hatten: mehr weibliche Repräsentanz innerhalb der Partei. Insofern markiert die Gründung der Frauenorganisation 2006 einen Meilenstein in der NPD-Frauengeschichte. Begünstigt wurde diese durch den Autonomisierungsprozess, der schon seit der „Wende“ mit der Selbstaffirmation und dem Singularisierungsbestreben der weiblichen „Bekennnisgeneration“ eingesetzt hatte. Neonazistinnen, Skingirls und andere „Kämpferinnen für die nationale Sache“ gründeten eigene Organisationen, von denen einige im Vorfeld der NPD agierten: so beispielsweise der militant aktionistische SFD oder die mütterlich-völkische GDF. Seit 2006 existieren die GDF und der RNF parallel. Die darin involvierten Akteurinnen sind maßgeblich dieselben, doch unterscheiden sich die beiden Organisationen in Ausrichtung und Funktion. Während die GDF den Nationaldemokratinnen im kommunitaristischen wie ideologischen Sinne Rückhalt gewährt, dient der RNF der Partei vornehmlich als politischer Multiplikator.

Zeit seines Bestehens hat sich die NPD-Frauenorganisation reibungslos in die Parteistrategie eingefügt: Den „Kampf um die Straße“ begleitete sie bisher dadurch, dass sie fast systematisch an den Aufmärschen der Partei teilnahm und selber Aktionen im öffentlichen Raum durchführte. Den „Kampf um die Parla-

mente“ hat sie ebenso mitgestaltet, indem sie selbst rege Wahlkampf führte und Kandidatinnen vorschlug. Den „Kampf um die Köpfe“ focht sie auch digital im Netz aus, wo sie auf diversen Seiten, Foren und sozialen Medien unablässig rechts-extreme Narrative zu propagieren suchte und insofern wie die Mutterpartei um politische Deutungshoheit rang. Den „Kampf um den vereinten Willen“ gewährleistete sie schließlich durch Vernetzungsinitiativen mit anderen Organisationen und Akteurinnen der extremen Rechten. Und doch bleibt die bisherige Bilanz des RNF im Rückblick eher bescheiden. Seiner eigentlichen Funktion – den Parteifrauen als Interessenvertretung zu dienen – wurde er mitnichten gerecht. Mochte er zu Beginn noch als weibliches Ermächtigungsmoment gegolten haben, so zeugen die vielen Krisen und Konflikte, die organisationsintern immer wieder auf die Ausschaltung unliebsamer Vorsitzender hinausliefen, von der Labilität seines antisexistischen Anspruchs. Diskriminierungen, Misogynie, Ausgrenzungserfahrungen bleiben in der Partei weiterhin an der Tagesordnung. Das extremistische Patriarchat hat der RNF weder in Frage gestellt noch überwunden, weibliche „Solidarität“ gibt es in der männlich-hegemonialen NPD nicht.

Dieser Befund ändert nichts an der Tatsache, dass die Parteifrauen seit 2000 neben der aktivistischen Beteiligung auch in ideologischer Hinsicht einen nicht unwesentlichen Beitrag zur „Nazifizierung“ der NPD geleistet haben. Als Trägerinnen einer völkischen Familien- und Sozialpolitik haben sie das reaktionär-nationalistische Geschlechter- und Gemeinschaftsbild der Partei stets legitimiert. In ihrem Bestreben, Wesen und Rolle der Frau in der biologisch-völkischen Ordnung zu bestimmen, haben sie die nationaldemokratische Programmatik von einem weiblichen Standpunkt aus erweitert. Immer wieder griffen sie bspw. auf das „historische“ Vorbild der Germanin zurück, um das von ihnen propagierte Modell der „Gleichwertigkeit“ als „ur-deutsche“ Alternative zur demokratisch-republikanischen „Gleichheit“ zu präsentieren. Die völkische „Gleichwertigkeit“ funktionalisierten die NPD-Frauen dabei als argumentative Stütze für antifeministische, homophobe und rassistisch-xenophobe Narrative. Somit wurde sie zu einem wichtigen Strukturelement des „nationalen Sozialismus“, den sich die „neue“ NPD nun offen auf die Fahnen schreibt. Sexistisch und nicht-egalitär ist der völkische Sozialismus, weil er Geschlechterrollen segregiert, Weiblichkeit essentialisiert und auf Mutterschaft reduziert und auch sonst alternative Geschlechtskonfigurationen und -identitäten jenseits der klassischen Heteronormativität bestreitet. Rassistisch ist er, weil er sich lediglich an „Bio-Deutsche“ wendet, Personen ausländischer Herkunft aus der „Volksgemeinschaft“ ausgrenzt und darüber hinaus ethnische wie religiöse Minderheiten, insbesondere muslimische Männer aus dem arabischen Raum, stigmatisiert, sexualisiert und kriminalisiert. Weil der völkische Nationalismus der Partei eine Ideologie der „Ungleichheit“ bedient, die auch vor Gewalt, Terror und Umsturzphantasien nicht zurückschreckt, ist er auch grundsätzlich antidemokratisch. Mit den Grundwerten der Bundesrepublik ist er gewiss nicht kompatibel, wie es das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Januar 2017 eindringlich darlegte. Und doch muss man sich vor Augen führen, dass die NPD mit ihrer über 55 Jahre währenden Geschichte vor allem eines ist: ein

politisches Erzeugnis der Bundesrepublik. In diesem Sinne ist ihr Extremismus nicht das Gegenteil der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sondern ein widerstrebender Teil von ihr und zugleich ein genuiner Teil der deutschen Geschichte, die hier in diesem Buch vom rechten Rande her beleuchtet wurde. Denn gerade dieses „Randphänomen“ NPD sagt viel über die Widersprüche, Irrwege und Entgleisungen in der Zeitgeschichte aus.

Bezeichnend ist das Beispiel NPD auch hinsichtlich der politischen Wirkungsmöglichkeiten von Frauen in der extremen Rechten. Erstens zeigt es, dass die Nationaldemokratinnen, wie eingangs betont, tatsächlich eine Geschichte haben, dass sich diese aber nicht unabhängig von der Parteigeschichte und ihren drei Hauptphasen greifen lässt. Markante geschlechtsspezifische Zäsuren sucht man vergeblich, weibliche Ballungsmomente hingegen, die Feminisierungsprozesse und Autonomisierungsschübe kennzeichnen, gibt es innerhalb der NPD-Geschichte einige. Zweitens ist es offensichtlich, dass die NPD immer eine numerisch und kulturell von Männern dominierte, für Männer konzipierte Partei gewesen ist, in der Frauen schlicht marginalisiert wurden. Sexismus und Diskriminierungen gehörten bislang immer zur politischen Grunderfahrung der Nationaldemokratinnen. Doch entwickelten jene, drittens, von Beginn an antisexistische Strategien, um die männlich-hegemonialen Machtstrukturen, soweit es ging, aufzubrechen und sich einen Weg aus ihrer Isolation zu bahnen. Zu den kollektiven Bewältigungsstrategien zählen etwa die unterschiedlichen weiblichen Zusammenschlüsse, die stattfanden, sobald sich dafür eine Gelegenheitsstruktur bot. Im Vorfeld der historischen Bundestagswahl von 1969 rief Gertraude Winkelvoß den als „Expertinnen“-Netzwerk gedachten Bundesbeirat der Frauen ins Leben; im Kontext der Frauenbewegung entstanden Mitte der 1970er-Jahre den feministischen Bündnissen nachempfundene NPD-Frauengruppen; 2006 dann, als Ergebnis eines weiblichen Autonomisierungsprozesses innerhalb der „nationalen Bewegung“, wurde der RNF gegründet. Sie alle waren Ausdruck eines Bedürfnisses nach politischer Anerkennung, Selbständigkeit und Ermächtigung von rechtsextremen Frauen, dem die weiblichen Netzwerke, Gruppen und Organisationen angesichts der generellen patriarchalen Parteikultur nur bedingt gerecht werden konnten. Hinzu kommen die vielfältigen Selbstbehauptungsdiskurse, die Nationaldemokratinnen führten, um ihre weiblichen Ansprüche und Belange intern geltend zu machen. Mehr als alles andere offenbaren sie das demokratische Dilemma der Akteurinnen. In den 1960er Jahren etwa beriefen sich die „Gründerinnen“ auf das Grundgesetz, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an der Parteipolitik einzufordern. Dieses demokratische Narrativ war deswegen möglich, weil sich die NPD allgemein noch innerhalb des freiheitlich-demokratischen Referenzrahmens bewegte und ihr „Postfaschismus“ den verfassungsrechtlichen Regeln der Bundesrepublik angepasst war. Über fünfzig Jahre später haben die Neonazistinnen die „konstruktive Opposition“ ihrer Vorgängerinnen gegen die Fundamentalopposition zum „System“ Bundesrepublik eingetauscht; ihr Bezugsrahmen ist die „Volksgemeinschaft“, die ihnen sowohl als lebensweltlicher Bezugspunkt als auch als zu erreichende Utopie dient. Entsprechend berufen sie sich auf die völkische „Gleichwertigkeit“,

um innerparteilich antisexistische Ansprüche zu artikulieren. Dieser Wandel hin zum „nationalen Sozialismus“ und die prozesshafte Abkoppelung der NationaldemokratInnen von Demokratie, Staat und Mehrheitsgesellschaft charakterisieren den Übergang von der „alten“ zur „neuen“ NPD.

Kann man, viertens, also von einem weiblichen Rechtsextremismus sprechen? Ja, gewiss. Doch ist dieser nicht biologisch-essentialistisch geartet, sondern sozialstrukturell und politisch bedingt. Frauen waren nie weniger antikommunistisch, antiliberal, rassistisch, antisemitisch, antifeministisch oder homophob eingestellt als Männer, nur engagieren sie sich weniger in einschlägigen Parteien, weil sie sich dort „fremd“ fühlen. Tatsächlich wagen nur die Wenigsten den Schritt in die NPD; sie tun es seit den 1960er Jahren aus einem wesentlichen Grund: weil sie rechtsextrem sind. Rechtsextrem sind sie mal aus Sozialisation, mal aus Nostalgie, Überzeugung oder Opportunismus, immer aber weil sie ihre unmittelbare Gegenwart als politisch defizitär wahrnehmen und nach radikalen Lösungen und Alternativen suchen. Rechtsextreme Frauen, so zeigt es das Beispiel der Nationaldemokratinnen, unterscheiden sich von rechtsextremen Männern im Selbstverständnis und in der politischen Praxis, in den Mobilisierungs- und Organisationsformen sowie in den thematischen Schwerpunkten ihrer Propaganda. An ihrer Geschichte lassen sich auf diese Weise exemplarisch politische Partizipationsmöglichkeiten und -räume von Frauen bzw. von rechtsextremen Frauen in der bundesdeutschen Demokratie nachvollziehen. So versteht sich diese Arbeit auch als Beitrag zu einer Geschlechtergeschichte der Bundesrepublik.

